Mahnworte

zu dem

bevorstehenden Wahlkampf.

Eine logische, sachgemäße und erschöpfende Schilderung

über

Imperialismus,
Porto-Rico-Vergewaltigung,
Pariser Vertrag und die
Philipinen-Angelegenheit

— von —

Jacob Müller,

Ex-Lieutenant-Gouverneur von Ohio und früherer General-Konsul in Frankfurt am Main.

Motto: Wer aber soll gerecht sein auf der Erde,
Wenn es ein großes freies Volk nicht ist,
Das frei in voller Machtvollkommenheit
Nur sich allein braucht Rechenschaft zu geben
Und unbeschränkt der schönen Menschlichkeit gehorchen kann.

329.6
M61m

Mahnworte

zu dem

bevorstehenden Wahlkampf.

Vorrede.

Wir stehen im Jahre einer Präsidentenwahl von solch' wichtiger und verhängnißvoller Bedeutung, wie die Geschichte unserer Republik eine ähnliche nicht kennt. Bislang haben sich alle Wahlen zwischen loyalen Parteien und loyalen Candidaten vollzogen; die demokratischen Prinzipien anzutasten, auf welchen die Republik aufgebaut ist, kam Niemandem in den Sinn. Heute ist es anders. Dank dem McKinley-Regime sehen wir uns im diesjährigen Wahlkampfe vor die Aufgabe gestellt, dem Imperialismus und dessen Fortschritten Einhalt zu gebieten oder den demokratischen Geist untergehen zu sehen. Die Ausdehnung, welche der Imperialismus während der letzten zwei Jahre gemacht hat, muß auch dem blödesten Verstande klar machen, daß derselbe den Rahmen der Verfassung durchbrochen hat, in vollem Fahrwasser segelt und das demokratische Gelände überfluthet.

Von Hamiltons Zeit bis zur Gegenwart gab es immer eine Klasse von Menschen, welche dem Jefferson'schen Geiste aus tiefster Seele abgeneigt waren und unsere demokratische Republik nur als ein aufgezwungenes Experiment hinnahmen. Im Laufe der Zeit ist diese Klasse zahlreicher und durch Emporkömmlinge verstärkt worden und sie bildet heute den Kopf und den Nerv der republikanischen Partei, die eigentlich nichts weiter mehr ist, als die Verkörperung plutokratischer und oligarchischer Bestrebungen. Diese Partei und ihre Candidaten in dem bevorstehenden Wahlkampf zu besiegen, darin gipfelt die einzige Hoffnung noch, das demokratische Wesen der Republik, ohne welches der Name Republik nur eine Farce und ein bauernfängerisches Aushängeschild wäre, vor gänzlichem Untergang zu retten.

Mit einem solchen Siege lockern wir auch die weitverschlungenen Wurzeln des Monopolismus und Trustwesens, welche unsere socialen Zustände überwuchern, die, wenn nicht zerstört, jeden gesunden socialen Fortschritt unmöglich machen.

Despoten und Volksausbeuter haben es von jeher verstanden, die große Masse des Volkes durch systematische Verdummung in Gehorsam und Unterwürfigkeit zu erhalten; die Führer und Tonangeber der republikanischen Partei verstehen es, diesen Zweck durch Anwendung moderner Methoden zu erreichen und ihre Opfer vor allen in die complicirten Maschen des klug erdachten Partei-Mechanismus zu verwickeln. Sie werden dabei unterstützt von den Millionen von Corruptions- und Bestechungs-Geldern, welche ihr vom Groß-Kapital und von der Patronage des Weißen Hauses zugewendet werden. Diesen gewaltigen Machtmitteln haben ihre Gegner nichts entgegenzusetzen, als ihre Liebe zur Freiheit und zur socialen Gerechtigkeit; aber diese ethischen Factoren reichen nicht hin, um den Sieg über unsere mächtigen Gegner zu erringen, wenn nicht ein Sturm der Begeisterung die Gemüther des Volkes ergreift und zur energischen Agitation antreibt.

In geschlossenen Reihen, mit dem Geldsack in der Hand, werden unsere Gegner vorgehen und dabei auf die Zersplitterung und Zerfahrenheit der Opposition rechnen, wohl wissend, daß in der Uneinigkeit der Gegner ihre stärkste Siegeshoffnung beruht.

Trotz der unverzeihlichen Gleichgiltigkeit, mit welcher wir seit Jahren das autokratische Gebahren des Präsidenten und des Congresses über uns ergehen ließen, wird man annehmen dürfen, daß vier Fünftel unseres Volkes diesem Gebahren feindlich gegenüberstehen und dennoch wird an einen Sieg unsererseits nicht gedacht werden können, wenn nicht alle Oppositions-Elemente mit Unterordnung aller bestehenden Differenzen sich einmüthig aufraffen und unter dem anti-imperialistischen Banner die Wahl-Arena beschreiten. In jedem Township des Landes sollten sofort unter der Anregung und Leitung strebsamer Patrioten anti-imperialistische Organisationen in das Leben gerufen und für den bevorstehenden Wahlkampf ausgerüstet werden.

Ich selbst, der nach einer fünfzigjährigen politischen Thätigkeit Anspruch darauf hätte, sich in den Ruhestand zu setzen, fühle mich Angesichts der freiheitsbedrohlichen Lage des Landes aus innerster Seele dazu angetrieben, an dem bevorstehenden Entscheidungskampfe Theil zu nehmen. Ich müßte ja meine ganze politische Vergangenheit verleugnen, wollte ich nicht trotz Alter und politischer Müdigkeit nicht mitthun, wo es gilt das drohende Verhängniß von unserem Vaterland abzuwenden. Leider sind meine alten Waffen schartig geworden; nur meine Feder ist noch willig, um meinen Gedanken, Besorgnissen und Mahnworten Ausdruck zu verleihen, die in den nachfolgenden Kapiteln niedergelegt sind und vielleicht dazu beitragen, daß die Gleichgiltigen und Verzagten aus ihrer Lethargie gerüttelt und daß die Strebsameren zur enthusiastischsten Theilnahme an dem Wahlkampf angeregt werden, bei dem das Sein oder Nichtsein der demokratischen Freiheit auf dem Spiel steht.

Von dem engeren Zusammengehen der Deutschen in Amerika hängt die Entscheidung des Wahlkampfes ab. Ihre fast einmüthige, humane und freiheitliche Stellung in der Philippinen- und Buren-Frage läßt den Gedanken nicht aufkommen, daß eine Verleugnung dieser Anschauungsweise gerade da, wo es gilt, sie überzeugungstreu zu bethätigen, möglich sei.

Die civilisirte Welt blickt auf unseren Wahlkampf, in welchem unsere Deutschen die Macht der Entscheidung besitzen. Danken wir dem Schicksal, daß uns diese weltgeschichtliche Rolle zugewiesen ist und stehen wir in patriotischer und freiheitlicher Begeisterung Mann für Mann zusammen, um dem Imperialismus in Ausübung unserer Ueberzeugungen durch die Niederwerfung seiner Schöpfer und Vertreter ein ruhmloses Ende zu bereiten.

Nie hatten die Deutschen Ursache auf ihre politische Haltung stolzer zu sein und nie dringenderen Grund, ihren Ueberzeugungen treu zu verbleiben, als im gegenwärtigen Wahlkampfe; hier müssen sie die Probe bestehen. Derselbe Mann, der von der Humanität zur Assimilation, und von der „Non-criminal Aggression" zu der Eroberung der Philippinen vorgeschritten ist, sucht seine Wiederwahl zu erlangen; derselbe Herr McKinley, unter dessen Regime die Brüderlichkeit mit England und die Feindseligkeit gegen Deutschland gezüchtet wurden, ist der Candidat der republikanischen Partei, mit welcher im November Abrechnung gehalten werden sollte. Diese Abrechnung, soll sie eine gründliche und nicht eine platonische sein, verlangt von jedem rechtlich denkenden Deutschen die Abgabe seines Votums für den Gegen-Candidaten McKinley's, der die größte Aussicht hat, über diesen den Sieg zu erringen.

Rückblicke.

Fünfzig Jahre sind vorüber gegangen, seitdem ich, im Jünglingsalter stehend, Amerika betrat und zu meiner zweiten Heimath erwählte und Alles, was ich an Kräften besaß, in den Dienst des neuen Vaterlandes stellte. Die freiheitliche Atmosphäre, die mich umgab, und der Gedanke, in einem Volksstaat zu wohnen, ließen mich die Widerlichkeiten nicht achten, die unausbleiblich mit einem verpflanzten Leben verbunden sind. Vertrauen auf die Gegenwart erfüllte mich und Hoffnungen auf eine glückliche Zukunft schwellten meine Brust. Der naturgemäße Trieb, sich eine sorgenlose Existenz zu gründen, nahm in der Anfangszeit meine Thätigkeit in Anspruch. Kaum war die erste Staffel nach dem ersehnten Ziele in bescheidener Weise erreicht, so stellte sich, als wäre es ein Naturgebot, der erste Anfang zum geistigen und sittlichen Vorwärtsstreben ein, wie ähnliches bei tausend Anderen der Fall war.

Man hatte zu jener Zeit, die von dem 48=iger Fortschrittsgeist durchweht war, noch den Begriff, daß es Aufgabe des Menschen und speziell des Bewohners eines freien Landes sei — dessen höchstes Gut in seiner Freiheit und dessen kostbarstes Juwel in seiner Unabhängigkeit bestehe — aus der Vergangenheit die Lehre zu ziehen, daß die Pflege und Erhaltung jener sittlichen Güter beständige Wachsamkeit und deren Sicherheit stetige Abwehr gegen Uebergriffe bedinge. Man glaubte auch zu erkennen, daß in einem freien Lande, wo das Volk seine eigenen Geschicke leitet, an einen jeden Bewohner die Verantwortlichkeit herantrete, neben dem Mitgenuß der Freiheit und der Rechte auch die Erfüllung von Pflichten zu übernehmen, und daß für die menschlichen Drohnen, welche sich von den Arbeitsbienen nähren lassen, hier kein Platz sei.

Diese Grundsätze und Ueberzeugungen waren es, welche die Strebenden in ihren Handlungen leiteten und zum Vorwärtsdrange begeisterten, doch es fügten sich noch andere Beweggründe hinzu. Amerika hatte der Welt ein neues Licht gezeigt und das Evangelium der Menschenrechte, ihr damit das Wohl der Gesammtheit verkündigt und ihm damit die Mission auferlegt, den Bedrückten ein Zufluchtsort zu sein und die Strahlen seines Lichtes über die Welt zu verbreiten, damit an den Wohlthaten der neuen Offenbarung auch andere Völker theilnehmen könnten. Mit Recht wurde angenommen, daß der amerikanische Patriotismus, wenn auch zunächst nur im engeren Rahmen, zum Welt=Patriotismus sich ausdehnen werde, voll und ganz den Ansichten der Väter dieser Republik entsprechend.

An diesen damals herrschenden Geist muß man denken, will man das Dranggefühl nach Vorwärtsstreben verstehen, das jene Periode charakterisirte und den Ruf nach Fortschritt nie verstummen ließ.

Bei dem herrschenden allgemeinen Stimmrecht war es die politische Arena, auf welcher die Gegensätze ausgekämpft und zur Entscheidung gebracht werden mußten. Doch die Bahn menschlichen Fortschritts ist immerdar mit Hindernissen gepflastert und von feindlichen Mächten belagert. Unzählige Vorurtheile und volksfeindliche Bollwerke sind zu überwinden und es ist leicht zu begreifen, welch' unverzagte Anstrengungen die Freunde des Fortschritts zu machen hatten, um ihrem Ziele näher zu kommen.

Wir Deutsche, deren strebsame Elemente in dem Vordergrunde der Bewegung standen, hatten neben dem Streben für das Allgemeine noch spezielle Zwecke zu verfolgen, um den Kampf gegen die noch herrschenden nativistischen Vorurtheile zu führen und dahin zu streben, dem Deutschthum die sociale und politische Stellung im Gemeinwesen zu erringen, die ihm vermöge seiner intellektuellen Eigenschaften gebühren. Die Muttersprache sollte gepflegt und erhalten und den berechtigten deutschen Le-

47568

bensgewohnheiten unbehinderte Ausübung gestattet werden. Diese Anforderungen von Seiten des Deutschthums, welche oft den hartnäckigsten Widerspruch fanden, zwangen das deutsche Element nach zwei Fronten hin zu kämpfen — sei es angreifend oder abwehrend.

Die günstigen Resultate, welches die fünfziger Sturm- und Drang-Periode für das Gemeinwohl und das Deutschthum erzielte, bilden einen wichtigen Faktor in der Entwickelungs-Geschichte dieses Landes. Die Kämpfe jener Männer, welche sich den deutschen Anstürmen beigesellt hatten, hatten den Erfolg, ihrem Volksthum zur Anerkennung zu verhelfen und noch ragen die Denkmäler damaliger deutscher Schöpfung mahnend in unsere Gegenwart hinein, wenn auch der Geist, der sie schuf, aus dem modernen Bewußtsein geschwunden ist.

Der Bürgerkrieg von 1861, welcher die vornehmlichste Forderung des Fortschritts-Programmes zum Austrag brachte und so viele Menschenleben forderte, hatte, wie alle Kriege dieses thun, gewaltige Umwälzungen im materiellen wie geistigen Leben des Volkes hervorgebracht und ideale Bestrebungen erschwert und gelähmt. Die Vorwärts-Bewegung, durch den Krieg unterbrochen und vieler ihrer Führer beraubt, vermochte nicht mehr im alten Geiste und mit neuem Eifer fortgesetzt zu werden.

Eine neue Zeit war herangebrochen und neue Ziele wurden verfolgt, die weitab lagen von den früheren. Der Eintritt in das Maschinen-Zeitalter kam hinzu, um mit erschreckender Einseitigkeit jenes egoistisch-materialistische Regime einzuleiten, unter welchem das Ringen nach dem Gemeinwohl der menschlichen Gesellschaft verstummte. Der Concurrenz-Kampf um das Dasein, persönlichen Reichthum und Genuß verdrängte alle sogenannten „unpraktischen" Bestrebungen, die sich nicht zählen, wägen und nicht messen und nicht in Baar umsetzen ließen. Vier Jahrzehnte sind seit dem Eintritt jener Zeitperiode vergangen. Die Resultate dessen, was sie für menschliches Gedeihen entwickelt und geleistet hat, liegen im Hintergrund und sind unserer Prüfung und Beurtheilung anheim gegeben.

Kolonisation.

Ohne entsprechende Abänderung der Verfassung kann unsere Republik keine Länder erwerben, die nicht mit dem Unions-Gebiet zusammenhängen. Der Wortlaut wie der Geist der Verfassung, verbunden mit den bekannten Absichten deren Gründer, schließt jeden derartigen Gedanken aus, nur vielleicht bei solchen Leuten nicht, denen es im Gehirn dunkel geblieben ist, daß nicht die Erweiterung der Landesgrenzen, sondern die Ausdehnung ihrer Freiheiten die geschichtliche Mission der Republik ist. Eroberungen sind ausgeschlossen, ausgenommen solche für die Gewinnung der Freundschaft der Völker. Wenn ein solcher Territorial-Erwerb durch die kindische Fiktion von „idealer Annexation" zu rechtfertigen gesucht wird, so braucht man nur, um diesen Irrthum zu zerstören, zu bedenken, daß schon die Natur dafür gesorgt hat, daß die Angliederung eines Gegenstandes an einen anderen die Existenz zweier realen Dinge voraussetzt. Diplomatische oder juristische Bocksprünge kommen dabei nicht in Betracht.

Das Gegentheil von vorstehenden Behauptungen annehmen zu wollen, hieße den Gründern der Republik unterzuschieben, sie hätten ein Werk geschaffen, das die wuchernden Keime der Selbstzerstörung in sich trage. Und zwar dadurch, daß es den Widersachern republikanischen Geistes die Möglichkeit darböte, durch ungebührliche Ausdehnung des Landesgebietes und durch den Anschluß fremder Völker und Rassen die Einheit des Mutterlandes zu zerstören und das Volk seiner heimathlichen Aufgabe zu entfremden.

Unter unserem Regierungs-System ist ein willkürliches Verfahren, wie dieses bei despotischen oder autokratisch beherrschten Ländern möglich ist, absolut ausgeschlossen. Ein amerikanisches Protektorat mag unter dem Zwang der Umstände gerechtfertigt sein, aber nicht in der geheimen oder offenen Absicht ein Volk seiner Selbstständigkeit zu berauben oder, nach McKinley'schen Methoden, zu „assimiliren".

Alles, was bis jetzt in dieser Richtung und mit dieser Absicht geschah, sei es auf Hawaii oder Porto Rico, sei es auf den Philippinen oder auf Cuba, ist im direkten Widerspruch mit unserer Verfassung geschehen und unter Verleugnung aller Grundsätze, welche die Republik beherrschen. Es ist in der That weit mit der Volks-Souveränität gekommen, wenn ein Präsident mit so und so viel Mitgliedern des Senats den Rahmen der Verfassung sprengen und die Physiognomie des Landes verändern kann und daß man sich zum Zwecke der Macht-Usurpation nur hinter einen sogenannten „Treaty" mit einer fremden Nation zu stecken braucht!

Man denke sich, wie es mit einer Volks-Souveränität in einem Lande beschaffen sein müßte, wo eine Zweidrittel-Mehrheit des Senates mit dem Präsidenten, ohne die siebzig Millionen ihres Volkes zu befragen, eigenmächtig über die wichtigsten Lebensfragen zu entscheiden sich anmaßen dürfte, während dieselben doch keine autonome Befugnisse besitzen, sondern nur solche, welche ihnen als Bevollmächtigten des Volkes ausdrücklich zugewiesen sind.

Der Anarchismus von „oben" hat es in den letzten Jahren fertig gebracht, alle derartigen Grundsätze und Argumente zu mißachten und mit vollen Segeln in die trüben Fluthen des Grabsches und der Aneignung fremder Länder einzulenken.

Die Nemesis hat sich früh genug eingestellt, denn es ist das Schicksal alles Bösen, daß es fortwährend Schlimmeres erzeugt. Die Philippinen-Greuel sprechen Bände für die strafende Gerechtigkeit und doch sind diese nur ein Vorspiel alles dessen, was noch nachkommen wird. Porto Rico ist das zweite Beispiel, an welchem der wahre Charakter der Angliederungs-Politik sich zeigt, und welches darthut, daß es bei dem Unternehmen nicht um Civilisirung der angegliederten Völker, sondern um Ausbeutung deren billiger Arbeit zum Besten mutterländischer Drohnen sich handelt.

Ob Republikaner oder Monarchist, wer Colonien-Gründung betreibt, den leiten dabei nur seine persönlichen Vortheile und Gewinne. Das kleine Porto Rico ist für unsere Expansionisten nur eine Stelle im Universum, über welche man willkürlich schalten und walten kann, ohne auch nur das geringste Recht dazu zu besitzen. Amerika hat Porto Rico nicht erobert, sondern nur als strategischen Schachzug die Spanier von dorten vertrieben, als Schutzmacht für die Porto-Ricaner provisorisch sich dort militärisch niedergelassen, und seitdem allda gleichsam eine Militär-Diktatur ausgeübt. Ueber seine Wünsche ist das Volk nie befragt und keine Gelegenheit ist ihm gegeben worden, sich staatlich zu organisiren. Mit der Vernichtung der spanischen Oberhoheit auf der Insel ist das dortige Volk eo ipso in seine eigene Oberhoheit eingetreten.. Diese konnte durch den Pariser Vertrag, wobei Porto Rico nicht betheiligt war, nicht afficirt werden werden, noch viel weniger durch papierene Resolutionen, welche die Legislatur einer fremden Macht sich anmaßen mochte; es ist heute noch ein unabhängiges Gemeinwesen und nur controllirt durch die dort herrschende amerikanische Schutzherrschaft. Auf diese allein nur kann unsere Regierung ihre Anordnungen erstrecken. Mit den Civil-Angelegenheiten hat weder der Kongreß noch der Präsident das Geringste zu thun; am Allerwenigsten noch mit dem Erlaß von Gesetzen, welche freventlich in die heiligsten Rechte eines Volkes eingreifen.

Von den unveräußerlichen Menschenrechten und von dem amerikanischen Grundsatz: „No Taxation without Representation" will ich hier gar nicht reden, weil es bei den Imperialisten und ihrem Gefolge doch in den Wind gesprochen wäre. Aber das Eine will ich sie fragen, woher sie das Recht und die Befugniß nehmen, sich in die inneren Angelegenheiten von Porto Rico zu mischen und jener Bevölkerung, ohne deren Zustimmung den Freihandel Amerika gegenüber zu verbieten, das es sich gewaltsam angegliedert hat, ohne dem Volke gleiche Rechte mit dem amerikanischen zuzugestehen. Ist je eine Anmaßung so verbrecherischer Natur und gegen die nationale Ehre verstoßend von einer Körperschaft begangen worden, die ihren Ursprung der Volkswahl verdankt und ihre Befugnisse derselben Verfassung entlehnt, welche sie verleugnet und überschritten hat?

Welche beschämende, unlogische und halsbrechende Argumente mußte man bei den Verhandlungen aus dem Munde solcher Volksvertreter hören, um das Volk über ihren Charakter und ihre wahren Absichten zu täuschen. An die erhabenen Lehren und Grundsätze der amerikanischen Unabhängigkeits-Erklärung sich kehren zu sollen, scheint bei ihnen ein überwundener Standpunkt zu sein, sie sind ja nichts weiter als „unpraktische Sentimentalitäten", die nur als Ornamente für sie zu verwenden sind. Sie geberden sich, als könnte es ihnen gelingen, den glatten Imperialismus auf den knorrigen Demokratismus zu verpfropfen und dem Volke ein X für ein U vormachen zu können. Trotz ihres Cynismus hatten ihre Verhandlungen das Gute, dem einfachsten Menschenverstande es klar zu machen, daß bei der kommenden Wahl alle a n t i-imperialistischen Elemente sich aneinanderschließen müssen, um das herrschende System zu brechen. Arme Philippinen und armes Porto Rico! Am eigenen Leibe habt ihre bereits erfahren, was Imperialismus und „punische Treue" bedeutet. Eurer cubanischen Leidensschwester wird es nicht besser ergehen, wenn bei der nächsten Wahl die republikanische Partei nicht geschlagen wird.

Die Philippinen-Frage.

Wer fünfzig Jahre lang im öffentlichen Leben mit Grundsätzen gestanden hat, wie ich sie hatte, und mit einem Glauben an die hohe Mission Amerika's, wie ich ihn besaß, der kann sich der Besprechung und Würdigung der Philippinen-Frage nicht unterziehen, ohne von Gefühlen tiefer Trauer und Entrüstung ergriffen zu sein. Nicht daß das frühere politische Leben und Treiben je frei gewesen wäre von Corruption, Irrthümern und demagogischen Umtrieben, gewiß nicht. Aber d e r Vorwurf traf das Volk oder die Landesvertretung nicht, daß selbst an den Fundamenten der Republik gerüttelt worden wäre, wie dieses heutzutage unter dem McKinley-Regime s c h a m l o s geschieht.

Die von diesem inscenirte Colonial-Politik, welche dem Wesen, Geiste und den Traditionen unserer Republik in schroffster Weise widerspricht und, was das Traurigste dabei ist, von einem großen Theile des Volkes gleichgiltig und widerstandslos hingenommen wird, hätte noch vor einem Jahrzehnt nicht gewagt werden dürfen, geschweige denn in den fünfziger oder sechziger Jahren, wo wenigstens der Gedanke an die Unverletzlichkeit der Freiheit lebhaft empfunden wurde.

Wie ist dieser Niedergang freiheitlicher Gesinnungen zu erklären, wenn man der geistigen und materiellen Errungenschaften gedenkt, welche unsere Generation im Laufe der letzten Jahrzehnte zu Gute gekommen sind.

Betrachte ich mir den heutigen Status der politischen Zustände und vergleiche ihn mit früheren, der oft nichts weniger als glänzend war,

so kommt es mir vor, als lebte ich in einem ganz fremden Lande, unter Epigonen, welche dem Geiste ihrer Vorfahren entfremdet sind.

Der Kampf, der seit zwei Jahren von Seiten des freien Amerika zur Unterdrückung der Filipinos geführt wird, ist nicht um eines Haares Breite gerechter und verzeihlicher als jener des aristokratisch-imperialistischen Englands gegen die Buren. Nur unter glätteren Vorwänden und unter anderen Formen wird er geführt, gemildert durch heuchlerische Phrasen von Civilisation. Es ist derselbe alte Kampf gegen all' das Neue, was die herrschenden Klassen in ihrer gewohnten Sicherheit bedroht. Der moderne Zeitgeist muß korrigirt werden, sobald er ihnen und ihren Interessen unbequem wird. Der Imperialismus ist diesem Korrektur-Bedürfniß entsprungen und eine seiner haßlichsten Wirkungen ist die Philippinen-Politik, welche den republikanischen Geist verleugnet und ihn mit despotischen Staaten auf eine Linie gestellt hat.

Es gehört zu den beklagenswerthesten Aufgaben des Patrioten, die Freiheiten seines Vaterlandes gegen seine eigene Regierung und deren Vectreter vertheidigen zu müssen. Angesichts aber der verhängnißvollen unrepublikanischen Wege, welche das McKinley-Regime betreten und der Methoden, welche es namentlich gegen die Filipinos angewandt hat, wäre es patriotische Pflichtvergessenheit gegen die Forderungen des republikanischen Geistes und der allgemeinen Gerechtigkeit nicht sein bestes Können und Wollen daran zu setzen, die Bahnen imperialistischer Absichten zu kreuzen.

Ich selbst fühle mich von jenem Pflichtgefühl noch so mächtig gedrängt, daß ich mich gerne jenen Patrioten zugeselle, welche entschlossen und vorbereitet sind dem Imperialismus das: „bis hierher und nicht weiter" gellend in die Ohren und den Volksvertretern, die mit dem Jingoismus im Bunde stehen, die berühmten Worte des Römers zuzurufen: Videant Consules etc.

Die Philippinen-Frage in das richtige Licht zu setzen und in ihrer ganzen Nacktheit und verhängnißvollen Tragweite zu zeigen, ist eine der ersten Pflichten, welche in heutiger Zeit, wo wir vor einer Nationalwahl stehen, dem Patriotismus obliegt. So viele andere wichtige Fragen dem Volke auch vorliegen, keine derselben vermag jene zu überschatten und sie ist es, die in flammender Schrift allen Gegnern des Imperialismus voranleuchten muß. Wer unter diesem Zeichen kämpft, dient nicht seinem eigenen Vaterlande nur, sondern auch der ganzen Menschheit.

* * *

Jahrhunderte lang seufzte das arme Volk der Philippinen unter spanischer Herrschaft und nach langjährigem Kampfe unter der tapferen Führung von Aguinaldo war es ihm endlich gelungen, die Macht seiner Unterdrücker zu brechen. Manila und Luzon waren allein noch im Besitze der Spanier, aber auch dieser Besitz war von den Filipinos eingeschlossen und hart bedrängt. Es lag im Interesse der amerikanischen Kriegsführung gegen Spanien, dessen Flotte vom Schauplatz der Kriegsoperationen fern zu halten; sei es durch Einschließung derselben oder deren Vernichtung. So weit es den Theil der Flotte angeht, die im Hafen von Manila lag, wurde dieser Zweck dadurch erreicht, daß es dem Admiral Dewey gelang, sie vollständig zu vernichten. Zu dieser Zeit war Manila schon von den Filipinos eingeschlossen und nur auf den Wunsch des Admirals, der die Stadt vom Hafen aus beherrschte, standen die sogenannten Insurgenten davon ab, die Stadt zu erobern und zu besitzen. Aber zwischen sie und die amerikanischen Kriegsschiffe hülflos eingeklemmt, hatte die spanische Macht auf den Philippinen ein Ende.

Im Hafen lagen die Trümmer ihrer Schiffe begraben und von

Manila herab in die Fluthen rollten die Scherben der Reste ihrer einstigen Macht, an deren Stelle die unveräußerlichen Natur- und Urrechte der Besitzer und Bewohner des Landes traten. Das Volk, nach so langer Unterdrückung, war wieder sein eigen geworden und keine Autorität der Welt konnte es dieser Rechte berauben, es sei denn durch Usurpation und den Mißbrauch der Gewalt.

* * *

Der Krieg zwischen Amerika und Spanien war beendigt und zum formellen Friedensschluß mußte es jetzt kommen. Paris war zum Orte bestimmt, wo die Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Mächte stattfinden sollten. Unser Präsident entsendete aus seinen Getreuen fünf Friedenskommissäre, die, von Washington inspirirt, den endgültigen Friedensabschluß vereinbaren sollten. Einen anderen Auftrag als diesen, hatten diese Friedensdelegaten nicht, andere und weitere Befugnisse als jene, konnten sie unter unserem Regierungssystem nicht haben; auch der Präsident konnte solche nicht ertheilen. Von dem Augenblick an, wo sie diese Befugnisse überschritten, hörte ihr offizieller Charakter und ihre amtliche Funktion auf und was sie darüber hinaus auf eigene Faust thaten, war einfach unverbindliche Privatsache. Sie mochten im Vollgefühle der überlegenen amerikanischen Macht und im Bewußtsein, daß Spanien sich auf Gnade oder Ungnade zu unterwerfen habe, die grausamsten Friedensbedingungen diktiren, aber das e i n e konnten sie nicht thun, was sie thatsächlich gethan haben, sie durften aus ihrer amtlichen Sphäre n i c h t heraustreten und die Gelegenheit benützen, Schacher-Politik zu treiben. Sie durften nicht mit ihren Privatansichten und selbstsüchtigen Wünschen hervortreten und die Friedensabsichten verwirren und gefährden. Welche dämonische Macht blies ihnen den Gedanken ein, mit fremden, absolut ungehörigen Dingen zu kommen?

Zur Zeit, als die Friedensunterhandlungen begonnen, lag dem amerikanischen Volke jeder Gedanke an eine Eroberung der Philippinen vollständig fern und diese Thatsache war den Friedenskommissären nur zu gut bekannt. Die ganze civilisirte Menschheit wurde deßhalb in Staunen gesetzt, als plötzlich, wie ein „Deus ex Machina", bei unsern Vertretern in Paris der monströse Vorschlag auftauchte, von Spanien deren vermeintliche Souveränitätsrechte auf die Philippinen für $20,000,000 zu kaufen. Wenn nicht von Washington inspirirt, wie konnte er in dem Gehirn eines Agenten der Regierung Platz finden? Involvirte dieser Gedanke doch nichts mehr und nichts weniger, als die Oberhoheit über ein befreundetes und nach Freiheit ringendes fremdes Volk, ohne Befragen und ohne Zustimmung auch nur einer einzigen von den Millionen Philippinen-Seelen, erwerben zu wollen und diese Souveränität im Widerspruch mit menschlicher und sittlicher Gerechtigkeit und mit dem Wesen und Geiste der Republik von Spanien zu erschachern. Es meinte dieser Vorschlag, das hiesige Volk mit Schulden zu überbürden und die Filipinos zu entrechten.

Hatten die Herren denn vergessen, daß der Krieg gegen Spanien und nicht gegen die Philippinen geführt wurde und daß offiziell vom Präsidenten und Kongresse es proklamirt und der Welt verkündet worden war, daß es ein Befreiungskrieg für Cuba, ein Krieg im Interesse der Humanität sein solle, dem jedes Gelüste nach Eroberung fern liege?

Hatten sie, diese Epigonen, deren Geschlecht schon seit Fünfviertel Jahrhunderte in den Strahlen der Freiheitssonne gewandelt, vergessen, was sie dem Andenken ihrer Väter und was sie sich selbst und dem Volke der Gegenwart schulden?

War es Größenwahn, Herrschsucht, Ehrgeiz oder die Sehnsucht nach

den Fleischtöpfen Manila's, der sie antrieb, im Friedensvertrag solche Ankaufsbestimmungen einzufügen?

Hatten sie keine Scheu vor der Verletzung des amerikanischen Grundsatzes, daß eine Regierung ohne Zustimmung des Volkes, eine Gewaltthat ist, um so größer, wenn sie von zwei Nationen durch Mißbrauch ihrer Gewalt an einer dritten begangen wird?

* * *

Die Friedenskommissäre hatten ihr „wunderbares" Werk im Sinne ihres Auftraggebers vollbracht; als ein Friedensdokument konnten sie es nun, schwarz auf weiß, getrost nach Hause bringen. Präsident McKinley legte es dem Senate zu seiner Billigung vor, dessen nicht achtend, daß es in seiner Philippinenklausel die wuchernden Keime kommender Kriege und internationaler Verwickelungen in sich trug, gegen welche der Vater des Vaterlandes so eindringlich warnte.

Ich gehöre zu den Alten, die noch an eine höhere Entwickelung des Menschengeschlechts und auch daran glauben, daß die politische Freiheit die Ungerechtigkeiten und den Mißbrauch der Gewalt unmöglich mache und im öffentlichen Leben dem Verdienste den Vorrang sichere. Im gegenwärtigen Falle sah ich mich in diesem Glauben bitter enttäuscht. Statt den Vertrag mit seiner anrüchigen Philippinen-Bestimmung ihren Autoren vor die Füße zu werfen, fand er die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit der Mitglieder im Senate; jener Körperschaft, die ja vor allem zum Wächter über die Rechte und Freiheiten des Volkes berufen ist, obgleich sie ihre Stellung nicht der direkten Volkswahl verdankt.

Diese Vertreter auf den kurulischen Stühlen, sind bereits so imperialistisch geworden, um die Rollen selbstständiger Herren zu spielen, und die Wünsche des Volkes zu mißachten und als Ballast zu betrachten, so bald sie nicht mit ihren Selbstinteressen übereinstimmen?

Haben die Herren Senatoren auch nur daran gedacht, die Meinung ihrer Konstituenten einzuholen und deren Instruktionen zu berücksichtigen?

Was ist denn seit dem McKinley-Regiment aus dem „Volkswillen" geworden, von welchem die modernen Auguren vor der Wahl so viel Hübsches zu deklamiren haben?

Nie vorher wurde die Nichtigkeit dieses Volkswillens in grelleren Farben illustrirt, als bei den Verhandlungen über jenen Philippinenschacher, der von so unheimlicher anti-demokratischer Tragweite ist, daß er alle unsere freiheitlichen Anschauungen und republikanischen Tendenzen auf den Kopf stellt. Doch von ähnlichem Gesichtspunkte absehend, hätte man von den zahlreichen juristischen Koryphäen, die mit des Senators Toga bekleidet sind, erwarten dürfen, daß sie erkennen würden, daß der Pariser Vertrag, soweit die Philippinenklausel in Betracht kommt, ab initio ungültig war und daß er nicht einen „treaty" im Sinne unserer Verfassung darstellt. Ihm fehlt die unerläßlichste Bedingung eines solchen: nämlich die Einheit. Die Schlichtung der Differenzen, welche der Krieg verursachte, war das einzige Objekt der Friedensverhandlung und mußte das einzige Objekt bleiben. Die Philippinen-Frage hat damit nicht das Geringste zu thun; sie war den Vertragsabsichten ganz fremd, ja gegensätzlich und damit unvereinbar.

Konnten die Senatoren, welche wegen vermeintlicher Handelsvortheile für den Vertrag stimmten, von einem Volke, welches einmal entrechtet und welches es sich zum ewigen Feinde gemacht hat, solche Handelsvortheile erwarten?

Oder hat etwa der Gedanke dabei mitgewirkt, daß durch den Erwerb der Philippinen verbrauchten Politikanten eine Gelegenheit zur

Versorgung, oder Spekulanten, denen die Union nicht mehr groß genug ist, ihre Ausbeutungsfähigkeit zu entfalten, neuen Spielraum zu geben?

Daß die größere Masse unseres arbeitenden Volkes aus den Expansionsgebieten irgend welchen Vortheil zu ziehen vermöchte, daran hat doch sicherlich keiner der „Ja-sager" gedacht. So weit es sie anging, hatten sie den Wünschen ihres Meisters entsprochen; der Friedensvertrag, wie sie meinten, war sicher unter Dach und Fach gebracht worden. Mit freigebiger Hand hatte das Repräsentantenhaus die Zahlung der 20 Millionen Dollars aus der Volkskasse bewilligt und seiner Parteibotmäßigkeit glänzend Genüge gethan. Eine solche Bagatelle war ja von keiner Bedeutung zu einer Zeit der Prosperität, wo die Millionen nur so aus der Erde wachsen, die Trusts und Monopole die kostbarsten Blüthen treiben und wo es selbst dem einfachsten Mann über Nacht gelingen kann, zu unermeßlichem Reichthum zu gelangen.

Trotz dieser glänzenden Umstände und der Anstrengungen der gelben Hurrahpresse vermochte sich das öffentliche Gewissen nicht über den schmachvollen Philippinenhandel zu beruhigen, in dessen Schoos Unglück und Verderben brütet. Patriotische Männer erhoben sich, den wahren Charakter des Wechselbalges zu enthüllen und dessen schlimme Wirkungen vorauszusagen, den er seiner Natur nach und aus Gründen innerer Nothwendigkeit hervorbringen werde. Doch von der formalen Ungültigkeit des zwiespaltigen Friedensdokuments abgesehen — welches Aequivalent hat Amerika für die zwanzig Millionen erhalten? Spanien hatte ja auf den Inseln nichts Reales mehr zu verkaufen. Seine Oberhoheit und alles, was es früher an Souveränität oder sogenannten historischen Rechten dort besessen haben mag, lag in den Fluthen des Hafens von Manila begraben. Die Oberhoheit über ein Land oder über ein Volk — das hätten doch wahrlich unsere Staatsmänner wissen sollen — ist kein übertragbares Objekt; sie ist ein Abstraktum, ein Phantom, das mit der realen Macht, die hinter ihm stand und es schützte, verschwand. Unsere nationalen Vertreter müssen sich deßhalb den nicht beneidenswerthen Vorwurf gefallen lassen, daß sie, um eine bekannte Redefigur zu gebrauchen, eine Katze im Sack gekauft haben, welche zum Ueberflusse noch sich als eine blutgierige Tigerkatze erweisen sollte, und dafür einen lächerlich hohen Preis bezahlt haben.

Da unsererseits der spanische Krieg aus humanen Beweggründen angefangen wurde, so wäre es doch eher am Platze gewesen, den Spaniern ein philanthropisches Schmerzensgeld zu bezahlen und, was noch humaner und gerechter gewesen wäre, die zwanzig Millionen den armen Filipinos vorzuschießen, um sie in den Stand zu setzen, sich aus ihrem Elende zu retten und sie zu sozialem und politischem Aufbau ihres ausgesaugten Landes zu befähigen. Das wäre eine, des freien Amerika würdige That gewesen, die jenes Volk uns zu ewigen, dankbaren Freunden gemacht und mehr wie alles andere die wahren materiellen Interessen zwanglos gefördert hätte.

* * *

Ein schriller Aufschrei tönte von den Gestaden Manila's über den spanisch-amerikanischen Friedenshandel, in dem es geringer noch als eine Schafsherde und eine Räuberbande behandelt wurde. Das arme Völkchen dort war heftig erschreckt, daß die Inseln und ihre Bewohner ihrer heiß erkämpften Selbstständigkeit beraubt und die spanische Ohnmacht mit der amerikanischen Uebermacht vertauscht werden sollte.

War es zu verwundern, daß eine solche ihnen angedrohte Schmach, welche alle ihre Hoffnungen vernichtete, sie mit Verzweiflung ergriff, die um so tiefer gehen mußte, als der Verrath an ihrem Vertrauen n i c h t

von Feinden, sondern von vermeintlichen Freunden und Bundesgenossen geübt wurde?

Von welch' unendlicher Pein mußte ein friedliches und freundloses Volk, das sich noch Liebe zur Freiheit bewahrt hat, darob ergriffen werden, daß nach endlicher Niederwerfung der spanischen Herrschaft diesem besiegten Spanien noch in seinem philippinischen Todeskampfe Gelegenheit gegeben wurde, sich an den Philippinen dadurch zu rächen, daß es seinem amerikanischen Besieger den vermeintlichen Rest seiner fluchwürdigen Hoheitsrechte gegen baar übertrug.

Mit dem Versinken seiner philippinischen Macht waren, wie gesagt, Spanien's Oberoheitsrechte verschwunden und die Oberhoheit der Inseln an deren Bewohner übergegangen, als urständiges und naturgemäßes Gut. Keine irdische Macht konnte diesen unveräußerlichen Zustand ohne die Zustimmung jener Bewohner ändern; es sei denn, durch Anwendung brutaler Gewalt.

Wenn alle Priester des Rechtes und der Staatswissenschaft ihre Köpfe zusammenstecken, so können sie die Richtigkeit dieses Satzes nicht bestreiten; alle Verwechslung der Sophistik mit der Philosophie und jede Rechtsverdrehung kann ihnen nichts nützen und selbst der Großdiplomat Machiavelli, im Vergleich mit welchem unsere modernen Staatsgrößen nur Stümper sind, würde das Kunstwerk nicht fertig bringen.

Die Filipinos, welche uns als Insurgenten gegen die Spanier so werthvolle Dienste geleistet und eine beträchtliche spanische Streitkraft dort beschäftigten und vom Kriegstheater fernhielten, würden gewiß für die, wenn auch nur indirekte Hülfeleistung den Amerikanern sich dankbar gezeigt und ihnen alle Handelsvortheile gewährt haben, welche billiger Weise hätten verlangt werden können. Ein amerikanisches Protektorat zum Schutze gegen Angriffe von Seiten fremder Nationen würden sie mit Freuden begrüßt haben, wenn man ihnen offiziell ihre Unabhängigkeit zugesagt und Wort gehalten hätte. Durch ein solches Verfahren, das einzig gerechte und Amerika würdige — welche unzählige Opfer an Gut und Menschenleben wären deen beiden Völkern erspart geblieben! Wäre ein Lincoln oder ein Grover Cleveland an der Spitze unserer Regierung gestanden, wer möchte daran zweifeln, daß deren Politik keine andere als diese gewesen wäre. Eine solche war auch diktirt, wenn man sich nur von eigennützigen Erwägungen hätte leiten lassen; allerdings hätten dabei die Streber, Macher und Spekulanten nicht zu ihrer Rechnung kommen können. Eine Politik, welche neben dem Streben nach materiellem Vortheil Gerechtigkeit übt und die Humanität nicht verletzt, würde die Gemüther des Volkes hüben und drüben beruhigt und Frieden und Eintracht erhalten haben.

War es denn so schwer, dieses Einfache zu begreifen und das Naturgemäße zu thun, statt auf den dämonischen Gedanken zu verfallen, die Bewohner der Inseln zu berauben und sie gleichsam zu Heloten zu machen?

Mit Bestimmtheit konnte doch vorausgesagt werden, daß die Filipinos die verzweiflungsvollsten Anstrengungen machen würden, sich der Ausführung der Politik der Entrechtung zu widersetzen. Ebenso mußte man begreifen, daß diese noch unzählige Opfer an Gut und Menschenleben kosten werde und alles dieses — wozu und warum?

Ist das große Amerika nicht g r o ß, und das reiche Amerika nicht r e i c h genug, um seine dünne Bevölkerung in menschenwürdiger Weise zu ernähren und zu erhalten?

Gebraucht es entfernte Länder, um das Mutterland von Uebervölkerung zu entlasten, oder bedurfte es der Vergewaltigung fremder

Völkerschaften, um seinen Handel und Verkehr auszudehnen, der ja ungehindert sich über die Länder aller Zonen erstreckt?

Doch die Expansionisten hatten ja ihren spanischen Souveränitäts-ankaufsschein und den waren sie entschlossen einzulösen. Was kümmerten sie die Menschenrechte der Filipinos; was kümmerte sie es, als sie jenen Schein präsentirten, daß Aguinaldo und seine Regierung die einzig legitime Autorität dort war, mit welcher unterhandelt werden konnte.

Daß die amerikanische Flagge in Manila wehte und „bona fide" dort gegen die spanische Herrschaft und nicht g e g e n die Filipinos aufgepflanzt war, das konnte doch wahrlich nicht als feindseliger Akt gegen sie gedeutet werden, noch konnten Reibereien und Streitigkeiten zwischen Filipinos und amerikanischen Soldaten für unsere Regierung als Entschuldigung gelten, ein Volk mit Krieg zu überziehen. Aguinaldo müßte kein Staatsmann gewesen sein, wenn er nicht solche, vielleicht künstlich erzeugte Reibereien, bedauert und nicht das Verderbliche derselben eingesehen und die offizielle Zusicherung erhalten hätte, daß der zeitweiligen amerikanischen Besatzung kein Leid zugefügt werden dürfe, so lange sie sich nicht als Usurpatoren geberden würde.

Warum und wozu?

Die Philippinen-Politik der gegenwärtigen Administration ist eine Folge und Begleiterscheinung des imperialistischen Gedankens, der sie beherrscht. In ihr hat er seine praktische Anwendung und greifbare Gestalt gefunden und damit ist der Rubicon, der das alte Amerika von dem neuen trennte, überschritten und offen liegt die Bahn zum demokratischen Verderben.

Der Imperialismus ist das Produkt der Entartung des republikanischen Geistes und der Geringschätzung der idealen Güter des Lebens. Der Hochmuth und der Uebermuth, der Ehrgeiz und die Herrschsucht sind seine Amme; ein Patrizierthum von Wenigen und ein Helotenthum von Vielen sind seine Ideale von einem normalen Zustande der Gesellschaft. Demokratisches Wesen und menschliche Gleichberechtigung sind imperialistischen Gesinnungen zuwider. Sein Emporragen über das gemeine Volk und sein Besser-sein-wollen als dasselbe, bringt der Imperialist selbst in seiner äußeren Erscheinung zur Geltung. Dem Streben nach Herbeiführung eines solchen undemokratischen gesellschaftlichen Zustandes kam Herr McKinley, der erwählte Vertreter eines souveränen Volkes, huldvollst entgegen und entwickelte sich in dieser anti-demokratischen Richtung so unheimlich rasch, daß der Volks- und Vaterlandesfreund sich vor die Alternative gestellt sieht, seine Wiederwahl und den Sieg der republikanischen Partei mit allen Mitteln zu verhindern oder den Imperialismus sich permanent über den Kopf wachsen zu lassen.

Das amerikanische Volk als Ganzes hatte bis jetzt keine Gelegenheit sein legitimes und endgültiges Verdikt übere die imperialistische Richtung seiner Regierung abzugeben und erst am Wahltage im November 1900 kann dieses geschehen. Dasselbe ist deßhalb bis jetzt unverantwortlich für das Geschehene, aber mit einer Wiederwahl McKinley's würde die ganze Wucht der Verantwortung auf es fallen.

Welcher Deutsche, der bis jetzt dem Philippinen-Greuel und der Porto Rico-Vergewaltigung aus Herzensgrund widerstrebte und der seinem Gerechtigkeitssinn durch Theilnahme an den Protest-Versammlungen gegen die Deutschen-Hetze und durch seine begeisterte Kundgebung für das Heldenvolk der Buren noch nicht untreu geworden ist, vermöchte d e m Manne seine Stimme zu geben, der für jene schmach-

vollen Vorgänge und die schnöde und herzlose Behandlung der südafrikanischen Schwester-Republiken in erster Linie die Verantwortlichkeit trägt und dessen Sympathieen mit dem erzfeindlichen England größer sind, als solche mit den Völkern, die gegen Unterdrückung und für ihre Freiheit und Selbstständigkeit kämpfen.

Bei dem imperialistischen Geist, welcher im offiziellen Washington den demokratischen Gedanken zersetzt hat, wäre es denkbar, daß heutzutage — wie dieses vor Jahrzehnten der Fall war — ein Kämpfer für die Freiheit, wie Ludwig Kossuth es war — auf einem amerikanischen Schiffe aus der Verbannung geholt und, trotz Oesterreich's Protest, von unserer Regierung officiell empfangen würde?

Würde es bei einer McKinley-Präsidentschaft denkbar sein, daß ein Juarez und die Republik Mexiko auch nur auf diplomatische Unterstützung unsererseits rechnen dürften?

Trotz der ungeheueren Sezessions-Schwierigkeiten, welche die Regierung Abraham Lincoln's umgaben, hat dieser Edle dennoch nicht gezögert, der bedrängten Schwester-Republik die Sympathie und die Theilnahme unserer Administration zu bezeugen.

Ueberbietet der Kreuzzug, der gegen ein schuldloses Volk, wie die Filipinos, auf deren eigenen Grund und Boden mit Pulver und Blei geführt wird, nicht Alles, was an Grausamkeit in der letzten Hälfte des Jahrhunderts von einer Nation gegen die andere geleistet wurde?

Man muß weit in die Geschichte zurückgehen, um ein Beispiel zu finden, wo im Namen eines großen, freien Volkes ein schwächeres, nach Freiheit ringendes, rechtlos und gewaltsam zu unterdrücken versucht wurde.

Wie früher erwiesen, so waren die von Spanien erworbenen angeblichen Souveränitäts-Rechte nur ein Schatten ohne alle und jede rechtliche Bedeutung; die kindliche Phrase kann nicht ernst genommen werden, daß die Vorsehung dem Präsidenten McKinley das Gebot zu der „wohlthätigen Assimilation" der Filipinos zugewiesen habe. Die Ausrede, daß die Aufhissung der amerikanischen Flagge an und für sich schon genüge, um ein Herrschafts- und Besitzrecht zu begründen, verdient keine ernsthafte Beachtung. Warum? Weil diese Flagge nicht gegen die Filipinos, sondern gegen die spanische Herrschaft aufgezogen war.

Die Behauptung McKinley's, daß die Filipinos nicht fähig sind zur Selbst-Regierung, kann weder als Vorwand noch Entschuldigung für deren Vergewaltigung geltend gemacht werden. Es ist überhaupt sonderbar, daß der Präsident der Vereinigten Staaten über den Kulturzustand eines Volkes, von dem er noch vor wenigen Jahren wahrscheinlich keine blasse Ahnung hatte, ein maßgebendes Urtheil abgiebt, ohne dazu von irgendwelcher Seite aufgefordert zu sein. Auf welche Art und Weise beabsichtigt denn eigentlich Herr McKinley die Filipinos zur Selbstregierung zu erziehen?

Etwa durch Waffengewalt?

Die barbarische Unterjochung eines Volkes wird nur das Eine bezwecken, daß es gegen seinen Unterdrücker einen unauslöschlichen Groll hegt, denn selbst die uncivilisirtesten Völkerstämme der Welt können eher durch Milde bewogen werden, sich andere Anschauungen anzueignen, als wie durch Brutalität und jedenfalls ist es eine Anmaßung sonder Gleichen, einem Volke ein sogenanntes Glück aufzwingen zu wollen, von dem es absolut nichts wissen will.

Schon vor 150 Jahren hat der Philosoph Friedrich der Große seinem Volke die unwidersprechliche Doktrine verkündet, daß man einem Menschen sein eigenes Glück nicht aufzwingen dürfe und es Jedermann unbenommen sei, nach eigener Facon selig zu werden.

3 0112 072638205

Auf die Berichte der von McKinley nach den Philippinen-Inseln gesandten Kommissäre ist ebenfalls absolut kein Verlaß, da sie ihre Angaben nach den erhaltenen Instruktionen formulirten.

Fügt man dem Mangel an Besitzrecht hinzu, daß der höchste Beamte der Republik so wenig wie der einfachste Bürger keine officiellen Befugnisse außerhalb der Bundesgrenze auszuüben hat, so kann man auch vom bloßen Rechtsstandpunkte aus zu keinem anderen Schlusse gelangen, als daß die Invasion und die Kriegsführung auf den Philippinen-Inseln ein Willkürakt ist, der geeignet ist, selbst das glorreiche Sternenbanner zu beflecken und in den Augen der civilisirten Menschheit herabzuwürdigen.

Da uns keine Rechtstitel und keine amtlichen Befugnisse auf den Inseln zustehen, welche andere Autorität ist es dann, auf Grund welcher der Präsident und seine Rathgeber ihre Philippinen-Tragödie in Scene setzten?

Ein Krieg mit den Filipinos kann es nicht genannt werden, weil, nachdem die Regierung Aguinaldo's von unserer Administration auf die Seite geschoben war, keine organisirte Staats-Regierung auf dem Insel-Gebiet bestand, mit welcher ein regulärer Krieg geführt werden konnte. Kein richterliches Kollegium von nationaler Bedeutung wird jemals gefunden werden, das jene militärischen Aktionen als reguläre Kriegsführung auslegen wird. Doch will man auch vom Rechts- und Humanitäts-Standpunkte absehen und die Philippinen-Angelegenheit auf ihren Nützlichkeits-Werth und nach dem „Warum und Wozu" prüfen, so ergibt sich als Resultat eine ungeheuere Null, sowohl in Bezug auf einen materiellen, wie moralischen Nutzen.

Welcher *materielle* Vortheil wäre wohl zu gewinnen bei einer Politik, welche schnurstracks das Gegegentheil von dem ist, was sie sein sollte?

Würden nicht bei einem friedlichen Uebereinkommen mit den Filipinos außer dem Frieden und der Freundschaft auch die gegenseitigen materiellen Vortheile nothwendigerweise gefördert worden sein?

Unserem Volke und den Filipinos sind bis jetzt unendliche Opfer an Gut und an Menschenleben entstanden, welche unter den günstigsten Umständen in vielen Jahrzehnten nicht ausgeglichen werden können. Unsere Nachkommen werden das Nutzlose dieser Ueberbürdung nicht verwinden. Eine Armee besitzen wir jetzt, welche unsere bisherige um das Dreifache übersteigt.

Wozu? Nur um das Null-Resultat zu überwachen und um die noch nicht „*wohlthätig assimilirten*" Inseln niederzuhalten. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß der Vernichtungs-Kampf gegen die Filipinos noch lange nicht sein Ende erreicht hat. Für Jahre und Jahrzehnte wird er noch eine große Machtentfaltung erheischen. Und alles dieses, so muß man immer wieder fragen: *Wozu* und *Warum*?

Sollte die Antwort darauf diese sein, daß man einem Volke, das nicht zu den auserlesen Tüchtigsten („Fittest") gehört, gar keine Rechenschaft und gar kein menschliches Mitleid mit seinem Elende schuldig ist?

Wird sich am Ende nicht die Welt zu der Ansicht neigen müssen, daß die Unterjochung und Ausbeutung der Filipinos hauptsächlich nur der Gier nach „Commercial Expansion" entsprungen ist? Dieses glauben zu müssen, müßte jedem Patrioten die Schamröthe in das Gesicht treiben.

Zum „assimiliren" und zum ausnützen sind die Filipinos, trotz der dunklen Hautfarbe und angeblichen Unbildung, gut genug, aber nicht zum Mitgenuß *der* Rechte, welche auf Amerika's Boden allen Menschen zugesichert sind.